



## Bericht an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

---

Bericht der: Bildungs-, Kultur- und Sportkommission  
vom: 25. Dezember 2012  
zur Vorlage Nr.: [2012-090](#)  
Titel: **Postulat [2008/068](#) von Klaus Kirchmayr: Entlastung der Schulen von unnötiger Bürokratie**  
Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

---

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)

---



## Bericht der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission an den Landrat

### betreffend die Vorlage zum Postulat 2008/068 von Klaus Kirchmayr: Entlastung der Schulen von unnötiger Bürokratie

Vom 25. Dezember 2012

#### 1. Ausgangslage

Der Anspruch auf Information und Dokumentation von Schulentscheidungen seitens der Erziehungsberechtigten auf Stufe Volksschule und auf Sekundarstufe II von den Schülerinnen und Schülern selbst hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Die von Klaus Kirchmayr im Postulat gewählte Formulierung «laufend mit mehr bürokratischen Aufgaben belastet» ist so generell formuliert aber nicht zutreffend. Der administrative Aufwand wird einerseits bestimmt durch eine enge Reglementierung im Schulwesen und andererseits auch durch eine immer grössere «Verrechtlichung» des Schulwesens. Beschwerden und die rechtliche Überprüfung von pädagogischen Entscheidungen steigen stetig und beschäftigen nicht nur Lehrpersonen, Schulleitungen oder Schulräte, sondern oft auch Dienststellen und die Rechtsabteilung der BKSD, den Regierungsrat bis hin zum Kantonsgericht. Ebenso ist anzumerken, dass viele Punkte, die der Postulant unter «unnötiger Bürokratie» versteht oder vermutet, in Wirklichkeit zum normalen Berufsauftrag einer Lehrperson gehören. Potenzial für Verbesserungen und Optimierung ist trotzdem vorhanden.

#### 2. Ziel der Vorlage

Mit Postulat [2008/068](#) wird der Regierungsrat eingeladen zu prüfen, wo konkret und vor allem durch welche Massnahmen Lehrpersonen von administrativen Arbeiten, welche nicht wirklich zum Berufsauftrag gehören, entlastet werden können, um wieder vermehrt Zeit für ihre Kernaufgaben zu haben. Mit Vorlage [2012/090](#) vom 20. März 2012 nimmt der Regierungsrat detailliert Stellung.

#### 3. Kommissionsberatung

##### 3.1. Organisation der Beratung

Diese Vorlage wurde an zwei Sitzungen der BKSK beraten, nämlich am 13. September 2012 und am 25. Oktober

2012. Seitens BKSD waren jeweils anwesend: Regierungsrat Urs Wüthrich, Generalsekretär Roland Plattner und Dieter Kaufmann, stellvertretender Leiter Amt für Volksschulen (AVS).

\* \* \*

##### 3.2. Beratung im Einzelnen

Das Eintreten auf diese Vorlage war für alle Parteien absolut unbestritten.

In einer ersten Diskussionsrunde in der Kommission wurde klar, dass die Meinungen und Ansichten, wo allenfalls eine Entlastung von administrativen Arbeiten für Lehrpersonen möglich wäre, geprägt sind von Aussagen im Sinne von «wie man so hört» oder «...ist noch viel mehr Entlastung möglich». Es sind aber vielfach Meinungen, welche vom Hörensagen geprägt sind und konkret nicht belegt werden können. In der ersten Wortmeldung der Grünen wird klar deponiert, dass sich Postulant Klaus Kirchmayr vehement gegen eine Abschreibung ausgesprochen habe. Ein Vertreter der Grünen vertritt die Meinung, dass eine Lehrperson, die sich in den Beruf einbringe, unter chronischer Überlastung leide. Man müsse Wege finden, administrative Arbeiten, welche heute Lehrpersonen mit Lohnklassen 9 oder 10 ausführen, ebenso von Angestellten in den Lohnklassen 14 oder 15 ausgeführt werden können. Hier fordert ein Kommissionsmitglied eine Aufstockung der Sekretariate, und seitens der Bildungsdirektion wird auch die Forderung betreffend Erhöhung der Schulleitungsressourcen bekräftigt. Von einem anderen Kommissionsmitglied wird darauf hingewiesen, dass im heutigen Umfeld für ein Schulleitungsmitglied erschwerend dazu komme, dass neben der Leitungsfunktion auch noch unterrichtet werden müsse. Regierungsrat Urs Wüthrich weist auf eine entsprechende Verordnung hin, welche demnächst in der Regierung behandelt werde. Diese sieht vor, diesen alten Zopf abzuschneiden.

Seitens der Grünen wird die Forderung aufgestellt, das AVS solle eine konkrete Liste mit potenziellen Sparmassnahmen bei der Arbeitsleistung der Lehrpersonen im Administrativbereich vorlegen. Die Kommission einigt sich an dieser Stelle darauf, eine «Zusatzschleife» einzuschalten und die Möglichkeit zu öffnen, nochmals Fragen an die

BKSD zu richten.

Dieter Kaufmann, AVS, weist hier im Hinblick auf die zu erwartenden Fragen der Kommission nochmals auf folgende Punkte hin:

- Eine Schule ist weitestgehend frei in der Ausgestaltung ihrer Organisation;
- Es müsse richtig ausgeschieden werden, was genau im Sinne von administrativem Aufwand notwendigerweise zum Job der Lehrperson gehört und was tatsächlich unnötige Bürokratie ist;
- Es sei nicht so sehr die administrative Belastung, die bei den Lehrpersonen zunimmt, sondern vielmehr die generelle und auch psychische Belastung;
- Am schlimmsten seien all die Mails, die täglich eingehen, und der Druck, diese rasch zu beantworten;
- Der Anspruch auf Information und Dokumentation der Erziehungsberechtigten ist deutlich gestiegen. Dies führe unweigerlich zu einem administrativen Mehraufwand aller Schulbeteiligten. Heute muss alles aktenkundig festgehalten werden.

Bei Wiederaufnahme der Beratung am 25. Oktober 2012 deponieren alle Parteien nochmals klar ihr Meinungen. Die zweite Sitzung der BKSK zu dieser Vorlage ist allerdings geprägt durch eine leicht andere Kommissionszusammensetzung. Einzelne Mitglieder lassen sich durch Ersatzmitglieder vertreten, und wiederum andere sind nicht die ganze Zeit anwesend.

Neu wird eine Frage nach Problemen des Datenschutzes aufgeworfen. Heute erlauben beispielsweise die Datenschutzrichtlinien die Übertragung von Schülerdaten von der Primarschule in die Sekundarschule und später in weiterführende Schulen nicht. Diese Problematik sei erkannt und werde in der Vorlage zur SAL noch genau definiert, antwortet dazu Dieter Kaufmann.

Die Kommission tauscht sich nochmals aus über mögliche entlastende Massnahmen im Administrativbereich für Lehrpersonen. Ein Kommissionsmitglied fordert, die Semesterpromotion durch eine Jahrespromotion auszutauschen. Hier hat ein anderes Mitglied der Kommission genau die gegenteilige Haltung. Es sei schlecht, schwache SchülerInnen während eines ganzen Jahres «dümpeln» zu lassen.

Hier wird auch noch die Belastung durch die Integrationsmodelle angesprochen, und Dieter Kaufmann erwähnt noch ein Beispiel, als eine 14-jährige Analphabetin aus einem fernen Land plötzlich vor einer Schule aufgetaucht sei. Dies seien dann wirklich grosse Herausforderungen an die «Gute Schule Baselland».

Dieter Kaufmann, AVS, präsentiert und verteilt der Kommission schliesslich eine von ihm auf die Kommissionsitzung zusammengestellte Liste mit dem Titel «Entlastung der Schulen von unnötiger Bürokratie». Diese keineswegs geheime Liste zeigt die konkreten Bemühungen der BKSD auf, Bürokratie dort zu verringern, wo es sich tatsächlich um solche handelt. Die Liste belegt auch, dass schon viele gute Massnahmen umgesetzt sind oder innerhalb der nächsten zwei bis drei Jahre noch umgesetzt werden.

Unter offenen Punkten ist in der Rubrik «Kann und sollte angepackt werden» Folgendes genannt:

- Konzeptarbeiten von anderen Schulen besser nutzen durch noch zu schaffendes Netzwerk;
- Schulen müssen Arbeitsgruppen gezielter bilden, um damit Ressourcen zu sparen;
- Schulleitungen dürfen in ihrer Verantwortung liegende Formulare nicht an Lehrpersonen delegieren.

Interessant war noch die Aussage von Dieter Kaufmann, dass in einer erneuten Umfrage bei verschiedenen Lehrpersonen auf die Frage, was denn konkret «unnötige Bürokratie» sei im Unterschied zu dem, was zum Berufsauftrag gehöre, nicht selten eine längere Pause entstanden sei: In aller Regel können weder Schulleitungen noch die Lehrpersonen vieles aufzählen.

---

#### 4. Antrag

://: Die BKSK folgt dem regierungsrätlichen Antrag und beantragt dem Landrat einstimmig mit 12:0 Stimmen die Abschreibung des Postulates 2008/068.

**Anmerkung:** Die klare «Zu-null-Abstimmung» widerspiegelt die Meinungen innerhalb der Kommission am 25. Oktober 2012. Korrekterweise muss hier, um die Stimmung in der Kommission über beide Sitzungen wiederzugeben, allerdings erwähnt werden, dass zum Zeitpunkt der Abstimmung die Kommission nicht mehr vollzählig war und teilweise auch Ersatzmitglieder abstimmten, welche am ersten Teil der Beratung nicht anwesend waren.

Reinach, 25. Dezember 2012

Bildungs-, Kultur- und Sportkommission  
Paul Wenger, Präsident